

Rede

Bürgermeisterin Carolin Weitzel

anlässlich der Einbringung des Haushalts 2023

in der Ratssitzung am 14.03.2023

**Ende der Haushaltsicherung durch Konsolidierung
und
Investitionen in Stadtentwicklung und Energiewirtschaft**

Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Erfstadt, sehr geehrte Gäste,

durch konsequente Konsolidierung, Kostensenkungen und notwendige Investitionen kommen wir dieses Jahr stabil und dynamisch aus der Krise. Trotz der widrigen Umstände ist uns das gelungen.

Nach monatelangem Ringen kann ich dem Stadtrat heute einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf vorlegen. Das ist angesichts der erheblichen Mehrbelastungen, die auf uns zukommen, keine Selbstverständlichkeit und verlangt uns einiges ab. Auch in den nächsten Jahren werden weitere Konsolidierungen neben notwendigen Zukunftsinvestitionen das Handeln der Stadt Erfstadt bestimmen.

Mit dem heute einzubringenden Haushalt für das Jahr 2023 und der damit einhergehenden mittelfristigen Finanzplanung stelle ich Ihnen dar, wie ich mir eine nachhaltige Politik für die Zukunft unserer Stadt in den nächsten Jahren vorstelle. Es ist mein erklärtes Ziel, Erfstadt unter Beachtung wirtschaftlicher, finanzieller, ökologischer und sozialer Notwendigkeiten zu einem anerkannten Lebens- und Wirtschaftsstandort auszubauen.

Grundvoraussetzung für eine in allen gesellschaftlichen Bereichen intakte und entwicklungsfähige Gemeinschaft ist für mich eine prosperierende Wirtschaft, die moderne und zukunftsfähige Arbeitsplätze zur Verfügung stellt.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir in die städtische Infrastruktur investieren. Dadurch schaffen wir in unserer Stadt die notwendigen Rahmenbedingungen für Unternehmen und private Haushalte.

Zukunftsfähig zu sein bedeutet auch, eine gesunde Umwelt zu erhalten und vielfältige Möglichkeiten im sportlichen, sozialen und kulturellen Bereich anzubieten. Dabei sind die Förderung von Integration und Teilhabe sowie das bürgerschaftliche Engagement Leitlinien unseres politischen Wirkens.

All dies kann nur gelingen, wenn die Stadt auf einem stabilen finanziellen Fundament steht.

Rahmenbedingungen

Die Einbringung des Haushalts 2023 und die nachfolgenden Beratungen im Rat der Stadt Erfstadt finden in einem Jahr außergewöhnlicher Belastungen statt. Wir stehen vor großen Herausforderungen, um Erfstadt in den nächsten Jahren gemeinsam und vorausschauend in eine gute und sichere Zukunft zu führen.

Wir alle tragen noch Jahre später die Last der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der über zweieinhalb Jahre andauernden Corona-Pandemie, die uns auch einige Defizite verdeutlicht hat. So haben wir bei der Digitalisierung, vor allem in der Verwaltung und in den Schulen erheblichen Nachholbedarf.

Die Corona-Pandemie hat unsere heimische Wirtschaft geschwächt. Handwerk, Handel, Gastronomie waren besonders gefordert. Das alles wirkt sich auch auf den städtischen Haushalt sowohl auf der Einnahmen - wie auch Ausgabenseite aus. Durch die Pandemie hatte die Stadt Erfstadt 1,2 Mio. EUR weniger Erträge.

Auch die schlimmste Katastrophe, die wir in Erfstadt nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt haben, die Hochwasserkatastrophe vom 14. und 15. Juli 2021, war und ist für uns bis heute eine gigantische Herausforderung.

In wenigen Stunden haben viele von uns ihr Hab und Gut verloren und standen vor den Trümmern ihrer Existenz. Gleichzeitig wurde die städtische Infrastruktur zerstört. Allein dieser Schaden beläuft sich auf 75 Millionen Euro. Dabei sind die Kosten für das Krankenhaus nicht eingerechnet.

Der in der ersten Woche an die betroffene Bürgerschaft ausgezahlte Ersthilfebetrag macht in Summe 720.000 EUR aus. Das war notwendig, weil viele kein Bargeld, keine Scheckkarte und andere Unterlagen mehr hatten. Die Folgen der Hochwasserkatastrophe und des Wiederaufbaus werden wir insgesamt noch lange spüren.

Dann kam der 24. Februar 2022. Der Tag an dem Putin mit seinen Truppen in der Ukraine einmarschiert ist. Der Tag der Zeitenwende, wie ihn Bundeskanzler Olaf Scholz bezeichnete.

Seit über einem Jahr sind Millionen Menschen auf der Flucht. Amerika und Europa stehen fest an der Seite der Ukraine und unterstützen das Land mit Spenden, Hilfsgütern und militärisch. Wir müssen uns bewusst sein, dass in der Ukraine auch die Weltordnung und der Westen verteidigt werden. Jeder Euro an Hilfe ist ein Beitrag auch für unsere Freiheit.

Wir in Erfstadt nehmen gerne die Flüchtenden aus der Ukraine auf, viele sind privat aufgenommen worden. Das ist auch unsere humanitäre Pflicht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die meisten Kommunen in Deutschland sind längst an die Grenze ihrer Belastbarkeit gelangt.

Wir alle sind bereit, Aufgaben zu übernehmen, nur müssen die Kommunen auch seitens des Bundes und des Landes finanziell dazu in die Lage versetzt werden. Das gilt vor allem für Städte wie Erfstadt, die sich in der Haushaltssicherung befanden.

Die Städte und Gemeinden fordern zusammen mit ihren kommunalen Spitzenverbänden seit Jahren eine angemessene finanzielle Grundausstattung, um der strukturellen Unterfinanzierung effizient und dauerhaft entgegenzuwirken. Stattdessen wird auf Bundes- und Landesebene immer wieder versucht, die Kommunen durch Einzelförderprogramme zu unterstützen, die typischerweise befristet und mit zusätzlichem administrativem Aufwand verbunden sind.

Der Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW, Dr. Eckhard Ruthemeyer, sieht die Handlungsfähigkeit der Kommunen akut gefährdet, weil immer mehrere Kriseneffekte ungebremst auf die Haushalte der Kommunen durchschlagen. Explodierende Preise für Energie, Bauen und Personal, steigende Sozialausgaben und die Versorgung von Flüchtlingen seien wesentliche Kostentreiber. Dies führe dazu, dass die Ausgaben die Einnahmen der Kommunen bei weitem überschreiten und somit die Aufnahme von zusätzlichen Liquiditätskrediten erforderlich werde.

Nur rund 30 % aller Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind in der Lage, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Ohne konsequente Umsetzung und Einhaltung des verfassungsrechtlich gesicherten Konnexitätsprinzips werden den Kommunen immer wieder Aufgaben ohne ausreichende Finanzausstattung zur Erledigung zugewiesen. Man darf in diesem Zusammenhang sehr gespannt darauf sein, wie der Gesetzgeber den ab 2026 geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen finanziell sicherstellen will, ganz abgesehen von dem heute schon mehr als deutlich spürbarem Fachkräftemangel in diesem Bereich.

Haushaltssituation und Chancen für Erfstadt

Sehr geehrte Stadtverordnete,

mit dem diesjährigen Haushalt stehen wir an einem Wendepunkt, einem Neustart: Es ist das letzte Jahr des genehmigten Haushaltssicherungskonzeptes (HSK). Um das HSK zu verlassen, müssen wir einen Haushalt aufstellen, der im Plan und vor allem im Ergebnis kein Defizit aufweisen darf. Die Alternative hierzu wäre ein direktes Abrutschen in das sog. Nothaushaltsrecht.

Anstelle des Haushaltssicherungskonzepts wären die aufsichtsrechtlichen Restriktionen wesentlich tiefgreifender und wir wären gezwungen, noch viel mehr freiwillige Dienstleistungen aufzugeben. Damit einhergehend wären wir verpflichtet, alle Einnahmen aus Entgelten, Gebühren und Steuern maßgeblich und deutlich spürbarer zu erhöhen.

Ich bin der Auffassung, dass es zwar nicht leichter, aber immer besser ist, nach eigenen Prioritäten zu konsolidieren, als im Haushaltssicherungskonzept oder gar im Nothaushaltsrecht den deutlich restriktiveren Vorgaben der Kommunalaufsicht zu unterliegen.

Vor diesem Hintergrund sehe ich die späte Einbringung des Haushaltes für das laufende Jahr als verantwortungsvoll an. Der Verwaltungsvorstand hat sich in den letzten Wochen und Monaten – offensichtlich entgegen der Gepflogenheiten früherer Jahre – intensiv und manchmal auch kontrovers mit dem Entwurf des Haushaltsplanes befasst, den ich daher erst heute einbringen kann.

Doch bevor ich Ihnen die Schwerpunkte meiner Arbeit sowie die Eckpunkte des Haushalts 2023 vorstelle, möchte ich mit dem Erfreulichen – in jedem Falle Außergewöhnlichen und vielleicht auch Unerwarteten beginnen:

Mit dem Haushalt 2023 verlässt die Stadt Erfstadt nach 10 Jahren das Haushaltssicherungskonzept und hat damit die Chance, zu einer geordneten Haushaltswirtschaft zurückzukehren.

Es ist das Ergebnis konsequenter Konsolidierung und Kürzungen im Haushaltsentwurf, verbunden mit den Möglichkeiten, die uns das Land gegeben hat, unsere Aufwendungen für Corona-Maßnahmen und die Folgen des Ukraine-Kriegs buchhalterisch zu isolieren.

Dies bedeutet für das aktuelle Jahr einen außerordentlichen Ertrag in Höhe von rd. 6,25 Mio. EUR, den wir dann ab 2026 mit jährlich 2 % als Haushaltsbelastung wieder einplanen müssen.

Wie konnte es gelingen, den Haushalt für das Jahr 2023 ausgeglichen darzustellen?

Aufgrund des außerordentlichen Ertrages und aufgrund des Ansatzes eines haushaltsrechtlich zulässigen sog. globalen Minderaufwands in Höhe von 1,6 Mio. EUR werden die geplanten **Aufwendungen in Höhe von 161.567.501 EUR insgesamt gedeckt**. Nach aktueller Rechnung erreichen wir damit ein **positives Ergebnis in Höhe von rund 168.000 EUR**.

Zunächst haben uns die Orientierungsdaten des Landes dazu veranlasst, wesentliche Ertragspositionen, wie die Gewerbesteuer, die gemeindlichen Anteile an der Umsatz- und Einkommensteuer sowie die Schlüsselzuweisungen in einem Volumen von mehr als 9 Mio. EUR nach oben anzupassen. Man könnte nun meinen, dass sich dadurch auch für die Kommunen eine durchgreifende Verbesserung ihrer Finanzlage ergeben dürfte. Doch leider steigen die Aufwendungen in vielen Bereichen erheblich:

Zu den zentralen Mehrausgaben gehört die Erhöhung der allgemeinen Kreisumlage. Nach derzeitigem Plan hat die Stadt Erftstadt dadurch 3,36 Mio. EUR höhere Abgaben an den Rhein-Erft-Kreis zu leisten. Hinzu kommen weitere Umlagesteigerungen an den Rhein-Erft-Kreis für den ÖPNV und den Bereich der Förderschulen in Höhe von rd. 1 Mio. EUR.

Wie im Schreiben der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Rhein-Erft-Kreis an den Landrat vom 01.12.22 und 10.03.23 formuliert, werden durch die Erhöhung der Kreisumlage die Kommunen gezwungen sein, mit Steuererhöhungen die Bürgerschaft zu belasten.

Stattdessen müssen die Kommunen entlastet werden. Dazu gehört auch, dass eine mögliche Senkung des Hebesatzes der Landschaftsverbandsumlage vollumfänglich an die Kommunen weitergegeben wird. Nur so können die Belastungen der kreisangehörigen Gemeinden in einem für alle vertretbaren Rahmen bleiben. Hier steht der Rhein-Erft-Kreis gegenüber seinen Kommunen in besonderer Verantwortung, der er sich nicht entziehen kann.

Trotz aller Einsparbemühungen über alle Produkte hinweg mussten Mehraufwendungen im Sach- und Dienstleistungsbereich sowie bei den Transferaufwendungen im Haushalt veranschlagt werden. Aus meiner Sicht wäre es fahrlässig gewesen, wenn die enorm gestiegenen Energiepreise oder die höheren Bewirtschaftungskosten nicht entsprechend berücksichtigt würden. Auch wissen wir, dass es trotz restriktiver Personalpolitik Tarifsteigerungen geben wird.

Wenn das Augenmerk unserer städtischen Konsolidierungsanstrengungen vorrangig auf die Reduzierung von Aufwendungen gerichtet ist, so muss zur Vermeidung eines Nothaushalts der Blick auf die Ertragspositionen gerichtet werden.

Dabei hat sich der Verwaltungsvorstand im Wesentlichen auf die Maßnahmen konzentriert, die das beauftragte Beratungsunternehmen IMAKA für die nächsten Jahre vorgeschlagen hat. Neben der Erhöhung der Rettungsdienst- und Verwaltungsgebühren müssen auch die Gebühren- und Entgeltstrukturen im KiTa-, OGS-Bereich und bei der Musikschule überarbeitet werden.

Dabei geht es einerseits darum, Ertragssteigerungen zu erzielen und andererseits, strukturelle Schieflagen im Haushalt zu beheben. Beispielhaft benenne ich die Musikschulentgelte. Es ist nicht tragbar, dass die Gebühren für den Einzelunterricht zum Teil niedriger sind als für Angebote im Gruppenbereich.

Zur Beendigung der Haushaltssicherung im 10. Jahr ist ein Haushaltsausgleich 2023 zwingend notwendig. Der Kämmerer hat in seinen Berechnungen eine Erhöhung des Hebesatz für die Grundsteuer B um aktuell 100 Punkte geplant. Angesichts der Grundsatzfrage – Nothaushalt oder Haushaltsausgleich – ist diese Vorgehensweise aufgrund der Erhöhung der allgemeinen Umlage des Rhein-Erft-Kreises aus Sicht des Kämmerers alternativlos.

Eine zusätzliche Mehrbelastung der Bürgerschaft durch höhere Energiepreise, Inflation, Zinssteigerungen, etc. ist aus meiner Sicht nicht zumutbar.

Sofern der Rhein-Erft-Kreis die allgemeine Umlage senkt, werde ich eine Reduzierung des Hebesatzes für die Grundsteuer B vornehmen und Ihnen diese im Rahmen der Veränderungsliste rechnerisch darstellen. Im Idealfall kann vollständig darauf verzichtet werden. Immerhin befinden wir uns bei einer Hebesatzerhöhung im Vergleich zu den anderen Kommunen des Rhein-Erft-Kreises noch im Mittelfeld.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der heutige Entwurf des Haushaltsplanes, mit dem wir in der Lage sind, die Haushaltssicherung hinter uns zu lassen, ist eine Chance zum Neustart. Damit meine ich bildlich gesprochen, ein zartes Pflänzchen auf fruchtbarem Boden, das gehegt und gepflegt werden muss. Wenn wir es gut nähren, wird es uns aus der Talfahrt der vergangenen Jahrzehnte herausholen und eines Tages mit Früchten belohnen.

Daher warne ich eindringlich davor, den Keimling für finanzträchtige Anträge zu nutzen und damit das Wachstum und die Zielerreichung der nächsten Jahre zu gefährden. Im Gegenteil: Ich fordere Sie auf, auch die unbequemen Wahrheiten, wie die Gebührenanpassungen und eine mögliche Grundsteuer B-Erhöhung mitzutragen.

Änderungen müssen grundsätzlich mit konkreten Finanzierungsvorschlägen versehen werden. Alles andere würde zweifellos nur eines bedeuten: Nothaushaltsrecht.

Zukunftsinvestitionen

Konsolidieren und investieren! Nur im Gleichklang beider Maßnahmen werden wir künftig in der Lage sein, unsere Aufgaben dauerhaft und aus eigener Kraft auskömmlich zu finanzieren.

Der Haushaltsentwurf beinhaltet Investitionen in einem Gesamtvolumen von rund 33,65 Mio. EUR.

Die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt wird auch davon abhängen, inwieweit es uns gelingt, Unternehmen anzusiedeln, junge Menschen und Familien vor Ort zu halten und neue hinzuzugewinnen.

Kinder, Jugend und Familie

Kinder- und Familienfreundlichkeit hat für mich eine herausragende Bedeutung.

Anfangen von den sog. Frühen Hilfen für die Neugeborenen und deren Familien über Aktivitäten in unseren Jugendzentren bis hin zur aufsuchenden Jugendarbeit gibt es vielfältige Angebote der Stadtverwaltung in Erfstadt.

Während sich die Kindertagesstätten in den letzten Jahren schon immer mehr zu Bildungseinrichtungen entwickelt haben, gelten Schulen nicht mehr nur als Lernort, sondern werden zunehmend als Lebensraum für unsere Kinder wahrgenommen.

Schon heute bieten wir in Erfstadt im Bereich der Offenen Ganztagschule ein ausgezeichnetes Angebot. Mit dem Bau einer Mensa an unserer größten Grundschule, der Donatus-Schule in Liblar, werden wir in diesem Jahr einen Meilenstein auf den Weg bringen.

Auch wenn wir bis heute keine verlässliche Finanzierungszusage für die Realisierung eines Rechtsanspruchs auf einen OGS-Platz ab 2026 haben, so planen wir schon heute, an welchen Stellen im Stadtgebiet womöglich weitere bauliche Erweiterungen vorgenommen oder Umbaumaßnahmen durchgeführt werden können.

Ende vergangenen Jahres habe ich hierzu bereits zum „Qualitätszirkel OGS“ eingeladen. Dieser Arbeitskreis besteht aus Vertreter:innen der OGS-Trägerschaften, Lehrkräften und zuständigen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Ich bin zuversichtlich, Ihnen im Laufe des Jahres einen Maßnahmenplan vorlegen zu können.

Dass wir ausreichende Angebote im Mix aus Kindertagesstätten in städtischer und freier Trägerschaft, ergänzt um Angebote der Tagespflege vorhalten, ist für mich selbstverständlich.

Sofern Sie meiner Vorlage in der heutigen Ratssitzung folgen, können wir die Thematik „Colonia Kids“ nach etlichen Jahren endlich abschließen und der baldigen Errichtung einer neuen Kindertagesstätte an der Brühler Straße entgegen sehen.

Einen Neubau können Sie auch in der geplanten Einrichtung in Gymnich erwarten. Nachdem der Bebauungsplan „Neustraße“ seinen Abschluss gefunden hat und eine Einigung über den Mietzins in greifbare Nähe gerückt ist, können auch dort die Bagger bald anrollen.

Zudem bin ich zuversichtlich, Ihnen in den nächsten Monaten Lösungsvorschläge für den Bau von Kindertagesstätten in Bliesheim und Erp vorlegen zu können. In beiden Orten muss zuvor Baurecht im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens geschaffen werden.

Sie wissen, dass die KiBiz-Finanzierung bei weitem nicht die Aufwendungen der Stadt Ertstadt für die frühkindliche Betreuung deckt. Der Zuschussbedarf – die Landesmittel sind somit abgezogen – beträgt mehr als 15 Mio. € jährlich.

Eine gewaltige Summe und doch gut angelegtes Geld. Zahlreiche wissenschaftliche Vergleichsuntersuchungen belegen, dass die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung erhebliche Auswirkungen auf das Lernen in späteren Bildungsstufen, insbesondere bei Kindern aus sozial schwächeren Familien hat. Daher sehe ich auch den weiteren Ausbau der OGS-Angebote ungeachtet des Umfangs der Drittfinanzierung als folgerichtige Maßnahme an. Die Verbesserung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiges Ziel familienorientierter Kommunalpolitik.

Trotz aller Bemühungen, möglichst frühzeitig Defizite in Betreuung und Erziehung zu erkennen und entsprechend entgegenzuwirken, steigen die Fälle und Kosten, in denen Kinder und Familien professionelle Hilfeleistungen in Anspruch nehmen, enorm. Innerhalb eines Jahres stiegen im Bereich „Hilfe zur Erziehung“ in Ertstadt die Ausgaben von 2022 auf 2023 um 3,1 Mio. EUR. Insgesamt beträgt der Zuschussbedarf 9,3 Mio. EUR jährlich.

Zusammen mit dem Jugendamt Ertstadt werde ich die Ursachen eruieren und präventive Maßnahmen erarbeiten, um diesen Kostenzuwachs möglichst zu bremsen.

Bildung ist das Fundament für die Entwicklung eines jeden Menschen und damit für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. In diesem Zusammenhang stelle ich fest, dass sich das Rollenverständnis der Kommunen als Trägerin des Sachaufwandes in den letzten Jahren signifikant geändert hat. Im Sinne einer erweiterten Schulträgerschaft wirken die Kommunen immer öfter auf eine zukunftsfähige Schulentwicklung vor Ort und damit letztlich auf die Qualität der Schulen mit ein. Damit meine ich nicht nur das Bereitstellen von adäquatem Schulraum, sondern insbesondere eine technische Ausstattung, die es unserer Schülerschaft ermöglicht, zukunftsgerichtet und mit Freude am Unterricht teilzunehmen. Unterricht mit Tablets und elektronischen Tafeln ist in unseren europäischen Nachbarländern längst selbstverständlich.

Dem enormen Nachholbedarf im Bereich der Digitalisierung haben wir im Rahmen des beschlossenen Schulentwicklungsplanes mit Fördermitteln aus dem Digitalpakt Schule für die nächsten Jahre auf der Agenda. Dazu gehört auch der Breitbandausbau an unseren Schulzentren.

Deshalb habe ich die Verantwortlichen unseres Eigenbetriebes Immobilien gebeten, die bauliche Qualität, die jahrelang fahrlässig vernachlässigt wurde, sukzessive wieder nach vorne zu bringen und den Unterhaltungsstau aufzulösen.

Mit dem bisher größten städtischen Investitionsprojekt, der Sanierung des Schulzentrums in Lechenich, sind wir nun auf Kurs. Niemand von uns konnte vor einigen Jahren ahnen, wie sehr uns das aktuelle Zeitgeschehen zwingen würde, den ursprünglichen Kosten- und Terminplan verwerfen zu müssen. Angefangen von der Tatsache, dass man sich bei Ausschreibungen freuen kann überhaupt ein Angebot zu erhalten, ist die Freude durch die rasant ansteigenden Materialpreise schnell dahin. Bedingt durch Baukrise und Ukraine-Krieg musste das ursprünglich geplante Budget wesentlich fortgeschrieben werden.

Ausschlaggebend für die enorme Kostensteigerung ist die Entwicklung der Baukosten, die sich in den letzten beiden Jahren um rund 30 % erhöht haben.

Die beiden Betriebsleiter des Eigenbetriebes Immobilien sowie unsere städtische Projektleiterin haben nach bestem Wissen und Gewissen den Kosten- und Terminplan fortgeschrieben und Ihnen heute zur Freigabe vorgelegt. Die Steigerung der voraussichtlichen Baukosten auf nunmehr 73,9 Mio. EUR sind enorm, aber angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen nachvollziehbar dargelegt.

Der Kämmerer hat in den letzten Jahren die vom Land zugewiesene Investitionspauschale ausschließlich als Finanzierungsbeitrag für die Maßnahme zurückgestellt. Somit stehen zur Gegenfinanzierung bis zum Abschluss des Projektes immerhin rund 28 Mio. EUR zur Verfügung.

Kultur, Städtepartnerschaften und Sport

Insbesondere der Bereich der Kultur ist immer wieder gerne Gegenstand haushaltspolitischer Diskussionen, weil man wegen der grundsätzlichen Freiwilligkeit der Aufwendungen glaubt, dort problemlos einsparen zu können.

Ich hoffe sehr, dass sich der Bundestag nach mehr als zwei Jahrzehnten Diskussionen und entsprechenden Empfehlungen sachkundiger Gremien endlich dazu durchringen wird, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern.

Der Bereich der kulturellen Bildung in Erfstadt wird mit der Musikschule, der Stadtbücherei und der VHS qualitativ hochwertig abgedeckt. Ergänzt um jährliche Formate, wie z. B. das Sommernachtskino, der Literaturherbst oder die Angebote des Kultur-Kreises, bewegen wir uns in der Stadt in einem engen Rahmen, der unserer knappen Haushaltslage entspricht.

Effizienteres Handeln und eine Verbesserung auf der Ertragsseite müssen auch hier die Maßgabe sein. Bei einem jährlichen Defizit von rund 800.000 € für die Musikschule müssen wir die Ursachen hierfür ermitteln. Ohne die Zahlen heute schon genau beziffern zu können, bin ich mir sicher, dass eine Kostenträgerrechnung ganz andere Gebühren zutage bringen wird, als es bisher der Fall ist.

Am 10. Februar 2023 haben wir eine neue Städtepartnerschaft mit Ternopil in der Ukraine geschlossen. Tod, Leid, Elend gehören ebenso zum traurigen Alltag, wie zerbombte Städte und Landschaften, Verschleppungen und Flucht. Familien werden auseinandergerissen und wissen nicht, ob und wann sie sich wiedersehen. Und das alles mitten in Europa, wo wir so sicher waren, nie wieder Krieg erleben zu müssen. Städtepartnerschaften werden auch als „kommunale Außenpolitik“ bezeichnet. Völlig zu Recht. Freundschaften kann man nicht anordnen, sie müssen wachsen, gedeihen und ständig gepflegt werden.

Wir haben im Januar dieses Jahres den 60. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages begangen. Es war der Beginn der Aussöhnung zweier Länder nach dem zweiten Weltkrieg und Grundstein für den Frieden in Europa. Europa ist in der Folge zusammengewachsen und für junge Menschen ist Mobilität in einem gemeinsamen Währungsraum längst Selbstverständlichkeit. An diesem Selbstverständnis haben die Städtepartnerschaften wesentlichen Anteil. Daher werde ich die Arbeit der Städtepartnerschaften wieder aufleben lassen und intensivieren.

Ein Bestandteil unserer Erfstädter Kulturszene sind die zahlreichen Vereine, die sich in der Brauchtumpflege und anderen gemeinnützigen Bereichen engagieren. Im Sinne der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements unterstütze ich deren Arbeit nach Kräften.

Es ist mir ein großes Anliegen, auch den kleinen Ortsteilen, wie Ahrem oder Blessem, an geeigneter Stelle einen Ort zu schaffen, um Versammlungen und Feste abzuhalten.

In Ahrem geschieht dies im Rahmen des Wiederaufbaus nach der Flutkatastrophe in einem multifunktionalen Raum. Das neue Sportheim kann künftig unabhängig vom Fußballverein für gesellschaftliche Zwecke genutzt werden.

Ich möchte auch für Blessem eine geeignete Möglichkeit finden, da die Gaststätte mit dem zugehörigen Saal nach der Flutkatastrophe nicht wieder öffnen wird. Ich habe bereits ein Gespräch mit Vereinsverantwortlichen und dem Ortsbürgermeister in Blessem terminiert und erhoffe eine gute Lösung für den Ort.

Ein ausgewogenes Angebot an Sportstätten für jedes Lebensalter ist wichtig für die Attraktivität einer Stadt. Sport sollte ein wichtiger Bestandteil unseres täglichen Lebens sein. Sport erfüllt nicht nur das Bedürfnis nach Bewegung und Spiel, sondern fördert die Leistungskraft des einzelnen, vermittelt Gemeinschaftsgefühl und stellt eine tragende Säule bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements dar. Zudem ist der Sport bestens geeignet, Vertriebene in unsere Gesellschaft zu integrieren, weil im Regelfall bestehende Sprachbarrieren, insbesondere im Mannschaftssport eine untergeordnete Rolle spielen.

Angesichts der Bedeutung der Vereine in den jeweiligen Ortsteilen werde ich mich für den Erhalt und bei Bedarf auch für die Sanierung der Plätze in den einzelnen Ortsteilen einsetzen. Zur Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen werden wir sukzessive die noch bestehenden Tennenplätze in Kunstrasenplätze umwandeln.

Die heutigen Kunstrasenplätze sind ökologisch nicht mehr in dem Maße umstritten, wie es vor einigen Jahren noch der Fall war. Künstliche Granulate sind nicht mehr zugelassen und Beläge können im Sinne eines cradle-to-cradle-Ansatzes zu 100 % wieder in ihre ursprünglichen Einzelbestandteile zurückgeführt werden.

Sie wissen, dass wir in Ahrem im Rahmen des Wiederaufbaus den ehemaligen Naturrasen durch einen Kunstrasenplatz ersetzen. Da wir die Platzanlage – ähnlich wie in Bliesheim – hochwasserresilient auslegen müssen, war ein längerer Vorplanungsprozess notwendig. Ich erwarte, dass mit einer entsprechenden Vergabe im nächsten Monat der Wiederaufbau ordentlich Fahrt aufnimmt.

Wir werden uns mit dem Antrag des VfL Erp auf Errichtung eines Kunstrasenplatzes absehbar auseinandersetzen. Den Wettbewerbsnachteil im Bereich der Jugendarbeit hat mir der Verein nachvollziehbar dargelegt. Da der Verein in hohem, finanziellen Umfang ehrenamtliches Engagement nachweisen konnte, werde ich dem Rat in nächster Zeit ein Finanzierungskonzept vorlegen können.

Sofern sich in Zukunft Vereine auflösen oder Fusionen mit Vereinen in anderen Orten eingehen, wie z. B. der SC Ville, dann sollten wir darauf achten, dass wir dauerhaft die Anzahl der Plätze, von denen jeder für sich auch Pflegekosten auslöst, reduzieren.

Künftig wird es unsere Aufgabe sein, den Breitensport mehr zu fördern. Ich bin froh und dankbar, dass die meisten unserer ehemals reinen Fußballvereine sich dieses Themas bereits angenommen haben und entsprechende Angebote vorhalten.

Auch im Hinblick auf unsere alternde Gesellschaft begrüße ich, wenn wir in den Ortsteilen Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung anbieten können. Immer mehr spielt dabei auch der öffentliche Raum eine besondere Rolle.

So freue ich mich ganz besonders, dass es in einer gemeinsamen Anstrengung seitens des Kreissportbundes sowie der Dorfgemeinschaft Erp erfolgreich gelungen ist, einen Förderantrag zur Finanzierung eines öffentlichen Bewegungsparcours bei der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zu platzieren. Die Geräte sind zwischenzeitlich geliefert und werden in Kürze in Eigenleistung der Dorfgemeinschaft am Dorfmittelpunkt in Erp installiert. Die Dorfgemeinschaft übernimmt somit den ansonsten von der Stadt zu tragenden Eigenanteil von rund 10.000 €. Für dieses tolle Engagement bedanke ich mich an dieser Stelle ganz herzlich und bitte die Ortsbürgermeisterin, meinen Dank auch an die Dorfgemeinschaft weiterzutragen.

Nach der abgeschlossenen Sportentwicklungsplanung erwarten wir in Kürze Ergebnisse aus dem beauftragten Bäderkonzept für Ertftstadt. Mit berechtigter Ungeduld erwarten die Menschen in Ertftstadt Auskunft darüber, wie die Bäderlandschaft aussehen wird.

Das Freibad in Lechenich hat durch die Flut einen Totalschaden erlitten und kann nicht mehr durch Reparaturen wieder in Betrieb genommen werden. Andere Bäder, wie das Lehrschwimmbecken in Erp oder das sog. Vario-Bad im Schulzentrum Lechenich, sind stark sanierungsbedürftig. Die dringende Fortschreibung des Bäderkonzeptes liegt bis heute nicht vor. Ich habe die Vorlage eines vollumfänglichen Gutachtens bereits angemahnt, damit ich Ihnen bald die Grundlagen für eine sachgerechte Entscheidung über die Zukunft unserer Bäder liefern kann.

Ungeachtet der Zustände der Bäder werde ich dafür sorgen, dass den Kindern unserer Stadt so viel Wasserflächen zur Verfügung stehen, um jedem Kind das Schwimmenlernen zu ermöglichen.

Sauberkeit und Sicherheit

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor einigen Tagen habe ich die Gelegenheit genutzt und bin durch die Lechenicher Innenstadt gegangen. Jedes Mal freue ich mich über die Menschen, die sich in den Cafés oder flanierend auf dem Marktplatz und der Bonner Straße aufhalten. Doch bei genauerer Betrachtung der Gehsteige und der Grünflächen stelle ich immer wieder fest, dass viele Bereiche in unserer Stadt schmutzdelig wirken und zum Teil sehr verschmutzt sind. Wer bewusst auf den Zustand unserer öffentlichen Räume achtet, kann Missstände vielerorts erkennen.

Warum spreche ich das an? Mit begrenzten finanziellen Mitteln und begrenzten personellen Kapazitäten, können auch nur beschränkte Ergebnisse erzielt werden.

Um Erfstadt als Wohn- und Arbeitsraum attraktiv zu gestalten, müssen wir in den Kernlagen der Ortsteile eine hohe Aufenthaltsqualität schaffen. Eine helle und saubere Stadt trägt wesentlich zu einem subjektiven Sicherheitsempfinden unserer Bürgerschaft und unserer Gäste bei. Deshalb ist auch die Gewährleistung von Sauberkeit und Sicherheit eine vorrangige öffentliche Aufgabe.

Erfstadt ist im Vergleich zu anderen Städten in der Region eine sichere Stadt. Verwahrlosungstendenzen werden vor allem in mangelnder Sauberkeit und Sicherheit öffentlicher Räume wahrgenommen. Nicht selten entstehen in derartigen Situationen Angstgefühle. Ein solch subjektives Empfinden erzeugt eine negative Grundstimmung, die das Leben einer Stadt prägt.

Öffentliche Räume mit einem negativem Klima verlieren schnell an Attraktivität. Wir müssen überlegen, wie wir die Situation verbessern. Das ist natürlich nicht zum Nulltarif zu haben. Ungeachtet der wichtigen Arbeit unseres Baubetriebshofes, des Umweltamtes und engagierter ehrenamtlicher Teams in Erfstadt, sollte es auch unser aller Anliegen sein, achtloses Wegwerfen von Müll oder Zigarettenkippen von vorneherein zu vermeiden, indem wir nicht wegsehen, sondern die Umweltsünder zur Rede stellen. Sauberkeit und Umweltschutz beginnt bei jedem persönlich.

Feuerwehr

Wenn ich über den Bereich der öffentlichen Sicherheit spreche, dann liegt es nahe, den Blick auf unsere Feuerwehr zu richten.

Auch wenn inzwischen mehr als 1 ½ Jahre seit der größten Katastrophe, die unsere Stadt heimgesucht hat, vergangen sind, so ist es mir ein persönliches Bedürfnis, auch heute noch einmal unseren Einsatzkräften der Feuerwehr meine Anerkennung, Hochachtung und meinen persönlichen Dank für ihre Leistungen während und auch nach der Flut auszusprechen.

Es ist gut zu wissen, eine solche Feuerwehr mit beeindruckender Professionalität und Einsatzwillen – sei es in der Hauptwache oder in den vielen freiwilligen Löschgruppen in den Ortsteilen – hier in Erftstadt beheimatet zu wissen.

Im Hinblick auf die kommenden Haushaltsjahre wird uns die Feuerwehr intensiv beschäftigen. Dabei meine ich nicht nur die flutbedingte Sanierung bestehender Feuerwehrgerätehäuser oder den Ausbau des Sirenenwarnnetzes, sondern auch die bauliche Realisierung von Maßnahmen des im Jahr 2022 verabschiedeten Brandschutzbedarfsplans. Darin enthalten ist der Bau einer neuen zentralen Feuer- und Rettungswache, von der aus die vorgegebenen Hilfsfristen jederzeit sichergestellt werden können. Darüber hinaus müssen zentrale Standorte in Friesheim und in Bliesheim sowie später in Gymnich planerisch vorangebracht werden.

Noch vor dem Bau einer neuen Zentralwache müssen wir das jetzige Gebäude in Liblar brandschutztechnisch ertüchtigen. Neben dem Bau eines zweiten baulichen Rettungsweges müssen dringend Containereinheiten auf dem Gelände errichtet werden, damit die Atemschutzgerätewerkstatt aus dem Untergeschoss der Wache verlagert werden kann. Dadurch werden Büroarbeitsplätze in Liblar geschaffen, die zusätzliche Mietflächen in Lechenich reduzieren.

Die Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes wird nicht nur eine Mammutaufgabe für die Hochbauabteilung sein, sondern insgesamt Investitionskosten im hohen zweistelligen Bereich verursachen, die wir in den nächsten Jahren in der mittelfristigen Finanzplanung vorsehen müssen – Eine herausragende Investition in die Zukunftsfähigkeit und Sicherheit unserer Stadt.

Stadtentwicklung, Mobilität, Hochwasser- und Klimaschutz

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie werden sich vermutlich längst gefragt haben, wer soll das alles bezahlen?

Ich komme auf den Beginn meiner Rede zurück: konsolidieren und in die Zukunft investieren.

Die dafür notwendigen Haushaltsmittel zu generieren, wird nach meiner festen Überzeugung nur dann gelingen, wenn wir unsere Stadtentwicklung in den Fokus stellen. Notwendige Investitionen, die von uns nicht getätigt werden, kommen uns auf Dauer teurer zu stehen.

Welche Faktoren bestimmen die Städte in der Zukunft?

Antwort: Bezahlbarer Wohnraum, Anpassung an Klimaveränderung, nachhaltige Mobilität, eine gesicherte Energieversorgung, Arbeit und Lebensqualität an einem Ort.

Gerne würde ich Ihnen heute verkünden, dass die Hochschule des Bundes die nötigen Finanzmittel zur Errichtung ihrer Dependance in Erftstadt erhalten hat und dass zudem die Förderzusagen von Bund und Land zur Errichtung des Campus Rhein-Erft der Technischen Hochschule Köln vorliegen. Dass Entscheidungen auf den jeweiligen Ebenen mit enormen Finanzvolumen gut vorbereitet werden müssen, ist nachvollziehbar. Deswegen werden wir uns weiterhin in Geduld üben. Ich bin voller Zuversicht, dass sich beide Institutionen hier in Erftstadt eines Tages ansiedeln werden.

Aufgrund der gestiegenen öffentlichen Wahrnehmung des Standortes Erftstadt liegen bereits mehrere Anfragen ähnlich gelagerter Interessensbekundungen vor. Die Kolleginnen und Kollegen im Planungsbereich nehmen eine Aufbruchstimmung wahr, die uns zu der festen Überzeugung geführt hat, den für die Hochschulen vorgesehenen Bereich auf jeden Fall zu überplanen und zu entwickeln. Erftstadt wird Wissenschafts- und Bildungsstandort.

Durch eine gesteuerte Entwicklung von Wohnbauflächen wird es endlich möglich sein, den dringend benötigten öffentlich geförderten und bezahlbaren Wohnraumbedarf zu begegnen.

Mit der Erschließung neuer Baugebiete soll auch eine sukzessive Verbesserung des ÖPNV erfolgen. Durch zu erwartende Elektrifizierung des Bahnanschlusses in Erftstadt-Liblar wird uns die Möglichkeit gegeben, die Eifel-Strecke zwischen Köln und Bonn in einem 20-Minuten-Takt zu nutzen. Mit dem neu eingerichteten On-Demand-Verkehr haben wir eine teure, aber eine sehr gute Lösung für die sog. letzte Meile zu den Ortschaften in Randlage geschaffen. Der Ausbau des Bike-Sharing-Systems an zentralen Punkten in Erftstadt bis in die Fläche ist ein weiterer wichtiger Baustein für unseren ÖPNV.

Flächenentwicklung in Erfstadt heißt auch Erschließung neuer Gewerbegebiete, damit sich Betriebe ansiedeln können, die Fachkräfte und deren Familien nach Erfstadt führen.

Die detaillierte Betrachtung des Kernhaushaltes sowie der Bilanz des Eigenbetriebs Immobilien haben bestätigt, dass die Gründung einer Stadtgesellschaft in Form einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) die einzige Möglichkeit darstellt, absehbar Gewinne für den Haushalt zu erwirtschaften. Damit wir in die Lage versetzt werden, aus Grundstücksentwicklung endlich wieder Zuflüsse an den städtischen Haushalt zu generieren, werde ich die beabsichtigte Gründung unserer AöR weiter voranbringen.

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen der Menschheit. Klima, Natur und Umwelt kennen keine Grenzen. Wir müssen dringend eine Kehrtwende in die Zukunft machen.

Auch in Erfstadt müssen wir uns ambitionierte Ziele setzen. Das Ziel der Treibhausgasneutralität verlangt eine umfangreiche Transformation bspw. im Bereich der Energieversorgung oder der Mobilität.

Zur Verstetigung des kommunales Klimaschutzes arbeitet die Stadt Erfstadt bereits an mehreren energetischen Handlungsfeldern. Dazu gehören die Konzeption eines integrierten Energiesystemmanagements, eine kommunale Wärmeplanung, der Ersatz von Straßenbeleuchtung oder die Implementierung von Controllingssystemen.

Das integriertes Klimaanpassungskonzept befindet sich derzeit im Aufbau. Es unterstützt uns auf dem Weg zur Klimaneutralität 2040. Darüber hinaus wird die Einführung eines Monitoringsystems zur Erfassung und Darstellung der gesamtstädtischen CO₂-Emissionen geprüft. Die Wirksamkeit von geplanten CO₂-Reduktionsmaßnahmen könnte dann künftig in Entscheidungen der gesamtstädtischen Planung berücksichtigt werden.

Im Juli 2021 wurde uns eindrucksvoll vor Augen geführt, welche Auswirkungen Starkregenereignisse und Hochwasser haben können. Aktiver Klimaschutz sieht auch den Erhalt von Grünflächen und ausreichenden Retentionsraum für die Rückhaltung und Versickerung des Niederschlagswassers, im Rahmen der Maßnahmen einer sogenannten Schwammstadt, vor. Die Abflussmengen bei der Katastrophe 2021 bilden heute den Maßstab für das sog. 100jährige Ereignis (HQ 100)!

Mit den laufenden Arbeiten zum Starkregenkonzept sowie zum Hochwasserschutzkonzept sind wir in Erfstadt auf einem guten Weg, doch die Umsetzung der geplanten Maßnahmen wird sich noch über Jahre in interkommunaler Zusammenarbeit hinziehen. Sofern es sich um Maßnahmen in städtischer Regie handelt, werden diese durch Inanspruchnahme von Fördermitteln finanziert werden müssen.

Personalentwicklung

Personal – unsere wichtigste Ressource.

Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, den Mitarbeitenden der Verwaltung für ihre in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit zu danken. Mit großem Engagement wurden Krisen, wie die Corona-Pandemie, die Flutkatastrophe oder die Aufnahme der Kriegsvertriebenen in Erfstadt zusätzlich gemeistert. Schon heute sind wir auf eine mögliche Energiemangellage vorbereitet.

Insbesondere in den Zeiten der Flutbewältigung hat sich in vielfältiger Weise gezeigt, wie gut die Beschäftigten der Stadt Erfstadt in großen Teilen ressortübergreifend zusammengearbeitet haben. Gerade solche Erfahrungen machen sehr deutlich, dass auf die Verwaltung und die dort tätigen Mitarbeitenden Verlass ist. Diese Tatsache erfüllt mich als Leiterin dieses Hauses mit besonderer Dankbarkeit.

Allerdings muss ich heute – auch Ihnen gegenüber als Stadtverordnete – ganz deutlich darauf hinweisen, dass das Ende der Belastbarkeit in vielen Fällen erreicht und in Teilen bereits deutlich überschritten ist. IMAKA hat nach der detaillierten Untersuchung der Verwaltung festgestellt, dass wir einen Bedarf an weit mehr als 30 Stellen haben. In Verantwortung gegenüber dem Rat und der extrem schwierigen Haushaltssituation werde ich mich darauf beschränken, Ihnen mit dem Stellenplan die Einrichtung von lediglich 6,73 zusätzlichen Stellen vorzuschlagen. Dabei habe ich Schwerpunkte auf die wesentlich betroffenen Bereiche, wie Jugend und Feuerwehr gelegt.

Wenn ich vorhin davon gesprochen habe, dass wir als Stadt attraktiv werden müssen für Unternehmen und Familien, dann gilt das genauso für uns Beschäftigte im Öffentlichen Dienst. Wir stellen heute vermehrt fest, dass uns Mitarbeitende verlassen, weil sie anderswo zu besseren Konditionen angestellt werden. Dabei geht es nicht immer um eine höhere Vergütungs- oder Besoldungsgruppe, sondern kann sich auch ausdrücken in non-monetären Vergünstigungen wie Angebot eines Job-Tickets oder berufsbegleitende Fort- und Weiterbildungen. Wir stehen im Wettbewerb zu anderen Kommunen. Ich werde deshalb in diesem Jahr mit dem Haupt- und Personalamt ein entsprechendes Konzept erarbeiten, das uns konkurrenzfähiger gegenüber anderen Kommunen macht.

Das wird zusätzliches Geld benötigen. Geld, mit dem jeder Euro bestens investiert ist. Und folgendes nehme ich mir ebenfalls vor: Wenn wir unser Personal mit weiteren Aufgaben oder aber Arbeitsverdichtungen belasten, müssen wir an anderer Stelle gegensteuern. Das heißt, dass wir auch unterjährig aufgabenkritisch unser Tun überprüfen müssen, ob und inwieweit nicht notwendige Aufgaben reduziert und vermieden werden.

Schlussbemerkung

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebes Ratskollegium, die Zukunft neu zu gestalten und auf Basis einer soliden Haushaltsführung investieren, um unsere Stadt in eine sichere Zukunft zu führen - darauf sind unsere Anstrengungen gerichtet. Als Bürgermeisterin der Stadt Erfstadt setze ich mich dafür ein, dass unsere Stadt noch attraktiver wird und lebenswert für Jung und Alt bleibt.

Um Gestaltungsspielräume zu erhalten und nachhaltig zu sichern, ist die Konsolidierung unseres Haushaltes die vordringlichste Aufgabe. Wir dürfen dabei nicht auf eine Gemeindefinanzreform warten.

Fehlendes Geld darf dabei keine Entschuldigung für fehlende Ideen sein.

Immer wieder die unzureichende Finanzausstattung durch Bund und Land zu beklagen ist wichtig und richtig. Und vor allem dürfen wir uns nicht einem Automatismus und der Annahme hingeben, dass die Kommune das auffangen muss, was Land und Bund zu wenig an Finanzmitteln zur Verfügung stellen. In eine leere Tasche lässt sich zwar hineingreifen, aus ihr lässt sich aber nichts herausholen.

Wir haben schmerzliche Einschnitte hinter uns und es liegen noch härtere Zeiten vor uns. Staat, Gemeinden und Wirtschaft müssen sich auf die vielen geopolitischen Herausforderungen einstellen. Die Auswirkungen werden uns alle betreffen.

Eine schwierige Finanzsituation bietet aber auch Chancen:

Chancen für das konsequente Aufspüren von Kostensenkungspotentialen, für die Entwicklung eines noch stärkeren Kostenbewusstseins und die Bereitschaft, scheinbare Notwendigkeiten stets kritisch auf den Prüfstand zu stellen. Denn die Erlangung und Wahrung finanzieller Eigenständigkeit und gestalterischer Handlungsfähigkeit ist in diesem Zusammenhang von größter Bedeutung.

Deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass es uns gelingen kann, mit den folgenden Haushaltsplanberatungen eine gemeinsame Basis zu erzielen, in dem wir den Haushalt konsolidieren und ein Abrutschen in das Nothaushaltsrecht verhindern. Nur so kann die Gestaltungsfreiheit unserer kommunalpolitischen Arbeit sichergestellt werden.

Ich bedanke mich herzlich bei allen Mitarbeitenden des Hauses, die bei der Erstellung des Haushaltsplanentwurfes mitgewirkt haben. Mein besonderer Dank gilt dem Verwaltungsvorstand mit dem Kämmerer sowie den Mitarbeitenden in der Kämmererei, die den fortgeschriebenen Entwurf durch zahlreiche Eingaben immer wieder aktualisiert haben.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf einen wichtigen Aspekt eingehen, den Sie nicht im Haushaltsplan finden werden. Wir haben nach meinem Empfinden in den vergangenen Monaten ein wirklich gutes und angenehmes Beratungsklima im Rat aufgebaut. Die Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen des Rates und der Verwaltung ist überwiegend konstruktiv und harmonisch. Nur in einem solchen Klima können Verantwortungsgefühl und Arbeitsfreude gedeihen. Deshalb muss es unser gemeinsames Anliegen sein, diese Atmosphäre zu erhalten. Dies verlangt nicht Einmütigkeit in allen Sachfragen, aber gegenseitiges Vertrauen und Wertschätzung.

Aufbauend auf einer solchen Basis werden wir nicht nur das aktuelle Haushaltsjahr bewältigen, sondern dürfen mit Zuversicht die Zukunft unserer Stadt gestalten.

In diesem Sinne wünsche ich uns erfolgreiche Etatberatungen.